



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 04.03.09

Hagedorn: Überfällige gesetzliche Grundlage für die Argen nicht "aussitzen"! *Sicherung der Argen durch Widerstand der Union gegen Verfassungsänderung gefährdet*

"Licht am Ende des Tunnels bei der scheinbar unendlichen Geschichte für eine neue Gesetzesgrundlage zur Absicherung der Argen: Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat im engen Schulterschluss mit den Ministerpräsidenten einen Gesetzentwurf erarbeitet, der den ca. 150 Mitarbeitern in den fünf Job- und Leistungszentren der Arge in Ostholstein, die seit einem Verfassungsgerichtsurteil von 2007 zur Verfassungswidrigkeit der jetzigen Arbeitsform der Argen um ihre Zukunft bangen, wieder eine Perspektive geben würde", kommentiert die ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete und Haushälterin Bettina Hagedorn, nachdem dieses Thema heute im Haushaltsausschuss erörtert wurde.

Bei einem Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs aus dem Bundesarbeitsministerium Klaus Brandner (SPD-MdB) auf Einladung von Hagedorn am 8. Januar 2009 bei der Arge Eutin beklagten die Mitarbeiter ebenso wie die Vertreter des zuständigen Kreistags in Eutin, dass notwendige Vertragsverlängerungen für die Mitarbeiter in Ostholstein und auch in Stormarn ohne eine erfolgreiche Gesetzesänderung nicht möglich sein werden. Dadurch bleiben die Mitarbeiter im Hinblick auf ihre berufliche Zukunft in einem unerträglichen "Schwebezustand". Damals sicherten Hagedorn und Brandner den Arge-Mitarbeitern zu, sich für eine schnelle Reform und eine verfassungsrechtliche Absicherung der Kooperation von Kommunen und Agenturen für Arbeit einzusetzen und hofften dabei auf eine Einigung bis April 2009. Der vorliegende Referentenentwurf weist dabei in die richtige Richtung. Hagedorn: "Das Grundgesetz soll um einen Artikel 86a ergänzt werden, nach dem gemeinsame Einrichtungen zur Erfüllung von Aufgaben auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitssuchende als Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) geschaffen werden können. Diese Zentren sollen die Rechtsform von 'Anstalten des öffentlichen Rechts' haben, weil nur so künftig ein gemeinsamer Personalkörper

aus ehemaligen kommunalen und BA-Beschäftigten gebildet werden kann – eine ausdrückliche Vorgabe der Ministerpräsidenten."

Mit der verfassungsrechtlichen Absicherung der Arbeitsgemeinschaften soll die Leistungserbringung aus einer Hand sichergestellt und die derzeitige Struktur der Arbeitsgemeinschaften fortgeführt werden.

Bettina Hagedorn verweist darauf, dass sich bereits im vergangenen Sommer die Arbeits- und Sozialminister der Länder auf eine verfassungsrechtliche Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaften verständigt hatten und dieser Beschluss im Dezember 2008 durch die Ministerpräsidenten bestätigt wurde. Hagedorn: "Damit schien das Ziel greifbar nah, den Bestand der Argen, die sich seit 2005 vorbildlich um die Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen kümmern, endlich durch Verfassungsänderung zu sichern. Umso unverständlicher ist es, dass die Einigung von Olaf Scholz mit den Ministerpräsidenten jetzt von der CDU/CSU-Fraktionsführung mit ihrem resoluten 'Nein' zur Verfassungsänderung blockiert wird. Damit trägt die Union parteipolitischen Streit in der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten auf dem Rücken der Arge-Beschäftigten aus. Bundesregierung, Länder und Kommunale Spitzenverbände ringen seit einem Jahr um diesen schwierigen Kompromiss, der Grundlage für die Zukunftssicherheit des bewährten Arge-Modells in Ostholstein und Stormarn ist, nun aber leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird."

Die getrennte Aufgabenwahrnehmung, die ohne Verfassungsänderung die Konsequenz aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil wäre, würde die Integration der Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt und deren Qualifizierung zusätzlich erheblich erschweren. Das ist unverantwortlich.

Bettina Hagedorn fordert daher die CDU auf, umgehend ihren Widerstand aufzugeben und den Weg für eine Verfassungsänderung und die im Bund-Länder-Konsens vorgelegten Gesetzentwürfe frei zu machen. Zugleich setzt sie sich in Berlin dafür ein, dass im Gesetz die dezentralen Handlungsspielräume in der Arbeitsmarktpolitik noch weiter gestärkt werden.

Bettina Hagedorn abschließend: "Gerade angesichts wieder steigender Arbeitslosenzahlen brauchen wir dringend eine funktionierende Betreuung und Vermittlung von Arbeitssuchenden, die am ehesten durch das gut qualifizierte und eingearbeitete Personal vor Ort gewährleistet wird. Damit die Mitarbeiter endlich eine gesicherte Perspektive auch für ihren eigenen Arbeitsplatz erhalten, muss die Blockade der Union gegen eine Verfassungsänderung im Sinne des Erfolgsmodells Arge jetzt aufgegeben werden!"